

Nr. 6608 1J

1994 -05- 05

II-13573 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Schreiner
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend den Verkauf von Residenz-Aktien durch die Länderbank

1990 zog die Länderbank mit der bereits damals negativ ins Gerede geratenen Residenz-Immobilien-Gruppe die gemeinsame Vertriebstochter LB-Finanzierungsplan, eine Vertriebsstelle für Produkte zur Altersversorgung, auf. Den Länderbank-Kunden wurde die bei der LB-Finanzierungsplan geschaffenen Finanzierungspakete als sichere und langfristige Altersvorsorge angeboten, wobei die Anleger über einen Kredit der Länderbank PS-Scheine des Institutes und Aktien der Residenz erstanden. Die Residenz-Aktien wurden Anfang 1991 zu einem Preis von 2.600.- Schilling verkauft, was dem absolut höchsten je erreichten Kurs dieses Papiers entspricht.

Seither fiel der Kurs dieses Vorsorgepakets auf einen heutigen Tiefstand von 300.- Schilling, wobei die Anleger dem Kursverfall mehr oder weniger hilflos zusehen mußten. Aussteigen konnten sie aus dem Vertrag nur dann, wenn sie den aufgenommenen Kredit zur Gänze vorzeitig zurückbezahlen konnten.

Es stellt sich daher die Frage, ob die oben geschilderte Vorgangsweise einer ordentlichen Gebarung eines Kreditinstitutes entspricht und dies umso mehr als der Chef der Bankenaufsicht, Dr. Anton Stanzel, vor dieser Aktion zwar gewarnt hatte, gleichzeitig aber feststellte, daß diese "Sache" rechtliche nicht zu verbieten sei.

Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

ANFRAGE

1. Entspricht der oben angeführte Sachverhalt den Tatsachen und wenn nein, wie stellt er sich aus Ihrer Sicht dar?
2. Wann hat die Bankenaufsicht erstmals ihre Bedenken zu diesem Geschäft geäußert, wann wurden diese Bedenken erstmals gegenüber der Länderbank geäußert und wie hat die Länderbank darauf reagiert bzw. wie hat sie es begründet, dieses Geschäft dennoch abzuwickeln?

3. Entspricht es den Tatsachen, daß ein internes Gutachten der Inlands-Research den Unternehmenswert der Residenz-Aktie mit 3.400.- Schilling je Stück geschätzt hat und wenn ja, wie wurde dieser Wert, der sich im Nachhinein als grobe Fehlschätzung erwies, begründet?
4. Wurde der Inhalt dieses Gutachten bzw. das bei derartigen Geschäften immer vorhandene Risiko eines Kursverlustes der Aktien den potentiellen Investoren mitgeteilt und wenn nein, warum nicht?
5. War der Kursverlust der Residenz-Aktie für Brancheninsider vorhersehbar?
6. Ist es üblich, daß Banken ihren Kunden zum Kauf von Aktien Kredite einräumen und gilt ein solcher Aktienkauf auf Kredit in der Bankenbranche als hochspekulativ oder nicht?
7. Wieviele Investoren haben dieses Finanzierungspaket gekauft und wie hoch waren im Durchschnitt sowie in Summe die dabei vergebenen Kredite der Länderbank?
8. Wieviele Residenz-Aktien wurden im Zuge dieser "Aktion" vergeben und wie setzen sich die Investoren (private Anleger, öffentliche Anleger, Länderbank-Kunden etc.) zusammen?
9. Wieviele Investoren haben aufgrund der massiven Kursverluste ihre Kredite vorzeitig zurückgezahlt und wann und mit welchen Verlusten erfolgte der Vertragsausstieg?
10. Wie hoch ist insgesamt bzw. im Durchschnitt der Schaden für die Anleger?
11. Wird die Bank Austria als Nachfolgeunternehmen der Länderbank den geschädigten Anlegern einen Ersatz leisten oder müssen diese Anleger den entstandenen Schaden zur Gänze selbst tragen?

Vorsorge als Finanz-Debake!

Anleger fielen mit Erbe von Länderbank und Residenz um ihr Geld um / Bank Austria betreibt Schadensbegrenzung

Andreas Hodoschek

Anton Stanzel, Chef der Bankenaufsicht im Finanzministerium, reiht die Causa unter „düstere Kapitel“. Er hatte als Staatskommissär „Bauchweh. Ich habe die Länderbank gewarnt, sich darauf einzulassen. Aber wir hatten keine

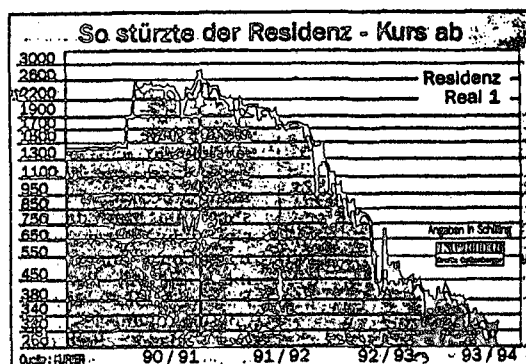
rechtliche Möglichkeit, die Sache zu verbieten“.

Jene Aktion von Länderbank und Residenz-Gruppe, die Österreichs oberstem Bankenaufseher so offensichtlich Unbehagen bereitete, garantiert heute zahlreichen Anlegern schlaflose Nächte. Ihre „Vorsorgepakete“ sind nur noch einen Bruch-

teil des damaligen Kaufpreises wert, die Kredite müssen aber zurückgezahlt werden.

Die Vorgeschichte: 1990 zog die Länderbank gemeinsam mit der damals schon in die Schlagzeilen geratenen Immobilien-Gruppe Residenz die gemeinsame Vertriebs-Tochter LB-Finanzierungsplan auf. Im Länderbank-Vorstand engagierte sich der später in Frühpension geschickte Konrad Rumpold.

Das anschließend unter die Anleger gebrachte Finanzierungspaket wurde als „Altersvorsorge“ verkauft. Die Anleger erstanden über einen Kredit der Länderbank PS-Scheine des Instituts und Aktien der Residenz. Die Residenz-Aktien wurden im März 1991 zu einem Preis von über 2800 S zugeteilt.



Das ist der absolut höchste Kurs, den die Papiere jemals hatten (siehe Grafik). Die Käufer des „Vorsorgeplans“ verfolgten zwar geschockt den Kursverfall, mußten die Aktien aber drei Jahre lang bis 1994 behalten. Nur wer den Kredit

vorzeitig und zur Gänze zurückerzahlte, durfte raus. Derzeit grundelt der Kurs der Residenz Real bei rund 300 S.

Detail am Rande: In einem internen Gutachten setzte das Inland-Research der Länderbank den geschätzten Unternehmenswert der Aktie mit 3400 S an. Von der Übernahme der Rössler Bank durch die Residenz, heißt es dort, „sollten beide Partner profitieren“. Das abschließende Urteil: „Expansive Unternehmensstrategie, erstklassige finanzielle Lage“. Gerade aber das Engagement bei der Rössler Bank war für die Residenz-Gruppe wenig später zum finanziellen Debakel geworden.

Die Bank Austria als Quasi-Nachfolgerin der Länderbank ist jetzt um Schadensbegrenzung bemüht. „Wir werden den Kreditnehmern, genauso wie allen anderen in Not geratenen Kunden, Hilfestellung bieten. Das kann von der Reduktion der Zinsen auf null bis zu temporären Aussetzungen der Rückzahlungsvereinbarungen gehen“, verspricht Heinz Gehl, zuständig für Privatkredite.

KOMMENTAR

Wieder bricht ein Erbe aus ehemaligen Länderbank-Zeiten auf. Diesmal kommen private Anleger zum finanziellen Handkuß. Was ihnen von Länderbank und Residenz gemeinsam unter dem beruhigenden Titel „Vorsorgeplan“ als sichere, langfristige Anlageform verkauft worden war, entpuppt sich jetzt als reine Geldvernichtung – für die Kunden, selbstverständlich.

Daß eine Bank ihren Kunden Aktienpakete auf Kredit unter dem Motto „Vorsorge fürs Alter“ verkauft, ist schon schlimm genug.

Länderbank-Erbe: Ist das Image ruiniert . . .

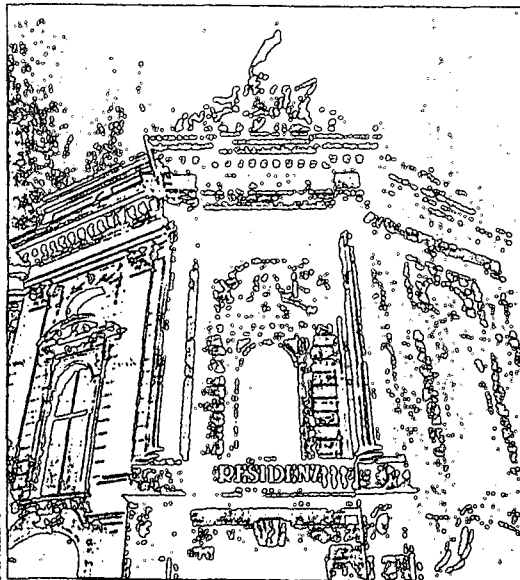
Jeder Handelsschüler lernt heute in der ersten Klasse, daß Aktienkauf auf Kredit eine hochspekulative Investition ist.

Daß Bezieher kleiner und mittlerer Gehälter von der Länderbank dafür ohne weiteres Kredite bekamen, die überhaupt nicht in Relation zu ihren Einkommen standen, ist noch schlimmer. Und daß die Anleger die Papiere, deren Kurs unaufhaltsam abstürzte, obendrein noch drei Jahre lang behalten mußten, entspricht eigentlich nicht mehr der ordentlichen Gebarung eines Kreditinstituts.

Die Bankenaufsicht hatte die Länderbank gewarnt. Weil die Angelegenheit dem Renommee der Bank nicht gerade dienlich sei.

Die Bank Austria leistet jetzt zwar Schadensbegrenzung. Der Vertrauensverlust der Kunden aber kann nicht so leicht wettgemacht werden. Dem Anleger sei daher nur wieder empfohlen: Vorsicht bei Anlagegeschäften, auch wenn die eigene Hausbank mit dabei ist.

Andreas Hodoschek



Residenz-Aktion grundeln beim Zehntel des damaligen Wertes